

gleich starke Strömungen einander gegenüberstehen, so ist es klar, daß nur ein Zusammenwirken auf einer mittleren Linie die einzige Möglichkeit einer gedeihlichen Arbeit gewährleistet. Diese einfache Erkenntnis wollte den Gemeindefürsorgern niemals einleuchten. Die neue Mehrheit, die jetzt die Hauptverantwortung für die Verwaltung übernimmt, erblickt ihre Aufgabe darin, dem Grundsatz einer ehrlichen Koalition den Weg zu ebnet.

Es wäre daher verfehlt, anzunehmen, daß nunmehr die Verwaltung der Berliner Jüdischen Gemeinde sich in gleichem Maße, nur mit verkehrtem Vorzeichen, fortsetzen wird, wie man es seit Jahrzehnten in Berlin gewohnt war. Es besteht vielmehr die unerschütterliche Absicht, eine Vereinigung aller Richtungen in der Gemeinde herbeizuführen und bei der Bewältigung der Gemeindefürsorge die Tatsache der Mehrheit in keiner Weise rücksichtslos wirken zu lassen. Natürlich wird der neue Geist, der insbesondere von der Jüdischen Volkspartei repräsentiert wird, in den einzelnen Aktionen der Gemeinde zum Ausdruck kommen. Die Bevorzugung irgendeiner religiösen Richtung, die während der Herrschaft der Liberalen doch vielfach in die Erscheinung zu treten pflegte, wird aber selbstverständlich aufhören. Auf dem Gebiete der Schule und des Religionsunterrichts harren der neuen Mehrheit besonders schwere, bisher vernachlässigte Aufgaben. Man wird die größten Anstrengungen machen, um der jüdischen Jugend Liebe und Achtung für das Judentum einzuflößen und ihr jüdisches Selbstbewußtsein zu heben. Der Ausbau und die Fortführung der sozialen Institutionen der jüdischen Gemeinde soll in modernem Geiste erfolgen. Der Zusammenhang der Berliner Judenheit mit den jüdischen Gemeinschaften der ganzen Welt soll stärker betont werden. Die Zusammenfassung aller deutschen Juden in einer gemeinsamen Organisation wird mit der größten Energie betrieben werden. Die von der Gemeinde bisher erhaltenen oder unterstützten öffentlichen jüdischen Einrichtungen sollen in stärkerer Weise das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum jüdischen Volkstum betonen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die neue Mehrheit unter Führung der stärksten Mehrheitsgruppe, der Volkspartei, den Willen hat, dem Prinzip der jüdischen Selbsthilfe in der jüdischen Gemeinde zum Siege zu verhelfen. Es besteht keineswegs die Absicht, das jüdische Gemeindeleben zu politisieren. Im Gegenteil, es besteht der Wille, alle politischen Einflüsse aus der jüdischen Gemeinde auszumerzen. Das will besagen, daß auch im Wesen und nicht nur, wie es auch bisher der Fall war, der Form nach Einflüsse politischer Art nicht mehr zur Geltung kommen werden. Die Jüdische Gemeinde Berlin soll nicht mehr Filiale irgendeiner außenstehenden jüdischen Organisation sein, sondern die wirklich überparteiliche Repräsentanz aller Juden in Berlin. Die Zusammensetzung der neuen Mehrheit gewährleistet, daß dieser Grundsatz beobachtet werden wird. Es soll nicht mehr vorkommen, daß für die Erledigung aller Angelegenheiten die Beschlüsse einer einzigen Fraktion maßgebend sein sollen. Wirkliche ehrliche Kooperation und gegenseitiges Einvernehmen werden von nun an in der Berliner Jüdischen Gemeinde vorherrschend sein.

Von seiten der neuen Mehrheit wird betont, daß man gewillt ist, der bisherigen Mehrheit die Hand zu gemeinsamer Arbeit zu reichen. Auf seiten der Liberalen besteht im Grunde auch der Wunsch, dieses Angebot anzunehmen. Schon bisher haben die Liberalen festzustellen vermocht, daß die Mitarbeit der Jüdischen Volkspartei der ganzen Gemeinde zum Segen gereicht hat. Es sei nur daran erinnert, daß es das volksparteiliche Vorstandsmitglied Kareski war, dem es gelang, die zerrütteten Finanzen der Gemeinde in Ordnung zu bringen. Wenn die Liberalen diese Tatsache in ihren offiziellen Äußerungen nicht anerkennend erwähnen, so halten sie in ihren privaten Erklärungen mit dieser Anerkennung nicht zurück. Es ist kein Zweifel, daß unter den liberalen Repräsentanten und Vorstandsmitgliedern Persönlichkeiten vorhanden sind, die auf manchen Gebieten der Gemeindefürsorge besondere Fachkenntnisse besitzen. Es ist anzunehmen, daß sich diese Herren nicht sträuben werden, auch unter den geänderten Mehrheitsverhältnissen ihre Kenntnisse der Gemeinde zur Verfügung zu stellen.

In Anbetracht dieser Umstände kann man also voraussagen, daß sich der Mehrheitswechsel in der Berliner Jüdischen Gemeinde ohne besondere Erschütterungen vollziehen wird. Die neue Mehrheit ist ja nicht durch einen revolutionären Akt, sondern im Laufe allmählicher Entwicklung zur Herrschaft gelangt. Und das erscheint uns als eine Bürgschaft für eine gedeihliche Arbeit und für einen Aufschwung des Berliner jüdischen Gemeindelebens.

M. W.

Die Phantasien der Rechtsverbände

Die Juden werden alle totgeschlagen

Berlin. Oberpräsident Otto Hörsing (Magdeburg), der Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, veröffentlicht im „Berliner Tageblatt“ vom Sonntag unter der Überschrift: „Die Phantasien der Rechtsverbände. Wohin marschieren wir?“ einen Aufsatz, in welchem er darlegt, daß die häufigen Regierungskrisen die Rechtsverbände zu ihrem gefährlichen Tun ermutige. Die Leute von rechts, schreibt Hörsing, bereiten sich mit aller Kraft und mit allen Mitteln auf den militärischen Belagerungszustand vor und sehen hier ihr Heil kommen. Die Frage aber, ob sich die Reichswehr an einem Rechtsputsch beteiligen würde, beantwortet Hörsing mit einem einfachen Nein. In den Köpfen der Rechtsbolschewisten malt sich solch eine Staatsumwälzung furchtbar einfach: der Reichspräsident verhängt den militärischen Belagerungszustand, die Wehrkreiskommandeure übernehmen sofort die Polizei der Länder und der Gemeinden. Die Reichswehr wird auf „Kriegsstärke“ gebracht. Alles, was nicht sofort „vaterländisch“ wird, wird aus Reichswehr und Polizei rausgeschmissen. Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsleute fliehen sofort. Die Juden werden alle totgeschlagen. Wer streikt, wird erschossen. Hindenburg tritt ab, Wilhelm von Oels tritt auf. So und in ähnlicher Art wird jetzt in den rechtsradikalen Wehrverbänden debattiert, werden Beschlüsse und Resolutionen gefaßt, so phantastisch das alles auch klingt, so töricht und un-

ausführbar es auch ist. Was aber das schlimmste ist: daß mehr als 90 Prozent aller Mitglieder der radikalen Wehrverbände an diesen Wahnsinn glauben, auf ihn schwören.

Sicher würde, schreibt Hörsing weiter, und wird noch auf den Reichspräsidenten ein großer Druck ausgeübt, um ihn den Wünschen der Rechtsradikalen gefügig zu machen. Kein ernst denkender Mensch wird annehmen, daß der Reichspräsident sich von diesen Leuten mißbrauchen läßt, vom gesetzlichen Wege auch nur um Haarsbreite abzuweichen. Hier liegt das Schwergewicht der Gefahr nicht. Die große Gefahr liegt darin, daß die aufgezogenen radikalen Wehrverbände auf eigene Gefahr losschlagen und daß die Kommunisten ihnen — wie so oft — den Gefallen tun und einen Anlaß dazu geben. Aber auch in diesem Falle würde der militärische Belagerungszustand überflüssig sein; denn es gibt im Lande genug Kräfte, die die Bolschewisten von rechts und links sehr schnell zur Ordnung und zur Ruhe bringen werden.

Man muß sich endlich darüber klar werden, schließt Hörsing, daß die dauernden Regierungskrisen, weil die Regierung keine feste Mehrheit hat, eine Katastrophe hervorrufen müssen. Jetzt gilt es, eine Regierung zu schaffen, die eine feste Mehrheit hat, die dann im Sinne der Weimarer Verfassung — und nicht anders — regiert. Der bisherige Weg war gefährlich und er führt ins Verderben.

Minister Becker über Zionismus und Staatsbürgertum

Die „Jüdisch-Liberale Zeitung“ veröffentlichte in einem gegen das Deutsche Komitee Pro Palästina gerichteten Aufsatz „Freunde des Zionismus?“, Bruchstücke aus einem Briefe des preußischen Ministers für Unterricht, Prof. Becker, um den Eindruck hervorzurufen, als ob Becker den Standpunkt der „Jüdisch-Liberalen Zeitung“ zur Frage des Palästinaaufbaus billigen würde. Nachstehend veröffentlichen wir den vollen Wortlaut des Briefes, aus dem die unbedingte Billigung des jüdischen Aufbauwerkes in Erez Israel durch den Minister zum Ausdruck kommt. Der Brief lautet:

Berlin, den 5. Januar 1927.

„An die

Vereinigung für das Liberale Judentum E. V.,
Berlin SW 48, Wilhelmstr. 147.

Sehr geehrte Herren!

Daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Gruppen des deutschen Judentums bestehen, ist mir schon aus ständiger dienstlicher Beschäftigung mit jüdischen Fragen zur Genüge bekannt. Da ich diese Meinungsverschiedenheiten insbesondere zwischen dem Zentralverein und den Zionisten als eine intern-jüdische Angelegenheit betrachte, habe ich mich in meiner Ansprache bei der Gründung des Pro Palästina Komitees wohl davor gehütet, zu dieser innerjüdischen Streitfrage Stellung zu nehmen. Vielmehr habe ich ganz stark unterstrichen, daß ich die Ten-

denzen des Zentralvereins, und des liberalen Judentums freudig begrüße, daß ich aber auf der anderen Seite auch das Bekenntnis zum Zionismus für durchaus vereinbar halte mit nationaldeutscher Staatsgesinnung.

Mir sind viel zu viel leidenschaftliche Zionisten bekannt, die sich in schwerster Zeit als Tatdeutsche bewährt und die für ihr Bekenntnis zum Judentum gelitten haben, als daß ich in einer zionistischen Betätigung unserer jüdischen Mitbürger irgendeine Beeinträchtigung ihrer staatsbürgerlichen Stellung erblicken könnte. Da ich als Alttestamentler meine wissenschaftliche Laufbahn begonnen habe und als Semitist Sprache und Literatur des Judentums nahestehe, kann ich es durchaus verstehen, daß unsere heutigen jüdischen Mitbürger in dankbarer Erinnerung an die großen Traditionen ihres Volkes und ihrer Religion sich für ein jüdisches Heim auf palästinensischen Boden einsetzen. Das ist eine humanitäre und historisierende Haltung, die meine volle Sympathie besitzt. Deswegen bin ich dem Pro Palästina Komitee beigetreten.

Abdruck dieses Briefes, dessen Verwertung ich Ihnen ganz anheimstelle, habe ich dem Verband nationaldeutscher Juden zugehen lassen, der mir gegenüber gleichfalls Bedenken hatte laut werden lassen.

In vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
Becker.“

Der Präsident der weißrussischen Republik an jüdische Landarbeiter

Moskau. In der Eröffnungssitzung der Konferenz der Weißrussischen Kommunistischen Partei, die gegenwärtig in Minsk stattfindet, führte der Präsident der weißrussischen Republik und Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees der Sowjet-Union, Tscherwiakow, als Erwiderung auf die Begrüßung eines Vertreters der jüdischen Landarbeiter u. a. aus: Obwohl wir hier die Sprache unseres Genossen (jiddisch) nicht verstehen, so wissen wir uns doch nahe mit den jüdischen Bauern in unseren Gefühlen und Gedanken. Unter dem Zarenregime war es den Juden in Weißrußland verboten, in den Dörfern zu wohnen. Wir aber sehen es als eines der wichtigsten Ziele in unserem Wirtschaftsleben an, die jüdische Bevölkerung zu organisieren und der Produktion zuzuführen. Man warnte uns und sagte, daß die Kolonisation von Juden eine Pogromwelle zur Folge haben wird. Nun sehen wir, daß die auf dem Lande angesiedelten Juden sich als die fähigsten Bauern erwiesen und sich die Achtung der umliegenden weißrussischen Bauernschaft erworben haben. Von 400 landwirtschaftlichen Kollektiven in Weißrußland sind 145 jüdisch. Der Antisemitismus, der vor der Revolution eine große Macht besaß, ist in jenen Orten, in denen der jüdische Bauer Schulter an Schulter mit den weißrussischen Bauern arbeitet, geschwunden. Dies zu bestätigen, bin ich akten-

mäßig in der Lage. Tscherwiakow wies darauf hin, daß unter der Judenschaft der ganzen Welt ein großes Interesse für die jüdische Kolonisation in Sowjetrußland besteht, und erklärte, daß die Sowjetregierung und die Kommunistische Partei der Organisation und der Produktivierung der herabgekommene jüdischen Massen auch weiterhin ihre größte Aufmerksamkeit schenken wird.

Rakowski über die Zionistenverfolgungen Rußlands. Paris. (JTA.) Einem Mitarbeiter der Pariser jüdischen Tageszeitung „Hajnt“ gegenüber, der ihn über die Massenverhaftungen von Zionisten in Rußland befragte, äußerte sich der Botschafter der Sowjet-Union in Paris, Rakowski, wie folgt: Die gegen die Zionisten ergriffenen strengen Maßnahmen haben ihren Grund darin, weil sich die Zionisten bei ihrer Propaganda der Argumente der Feinde der Sowjetmacht bedienen. Um die Juden zu bewegen, nach Palästina zu gehen, sind die Zionisten schon durch die Logik der Propaganda gezwungen, das Sowjetregime in einem Lichte erscheinen zu lassen, das von uns nicht akzeptiert werden kann. Wir halten niemand davor zurück, nach Palästina zu gehen; die Auswanderung ist frei. Wir können aber nicht erlauben, daß die Emigration durch eine Propaganda gegen das Sowjetregime gestützt wird. — Die Mitteilungen eines Emigrantenblattes über antisemitische Ausschreitungen gegen die neuen jüdischen Kolonisten in Rußland verwies Rakowski auf das Reich der Fabel. Die Sowjetregierung — schloß er — ist wachsam, und die geistige Verfassung der russischen Bauernschaft hat sich radikal geändert.

Im Föderation B ihrer S Jeschi lange Zionis die Ju rückh ihnen glösen Zionis zionist dem F helfe schen Paläst stand, und be sahen Mittel solidie aller F schalt zipatio das Ju

Da statt, Richt für de des re veran Sond schlos tradit ganis von d Agita mögli fürch sätze Einkl hoffte denke es kl Thorä Auch sofort Widel Rech

Das an, d Progr schrä sein Kömme Das Wort jüdis lich g des 6

Die rachi „Zion ihre tums, Misra dater halb auch des Grü Dr. Feuc Misra sich sche Zeit Man bew Teil deut aktiv

Au hefti zum zion Män bei sich Jude